

Beschluss

der Verkehrsministerkonferenz
am 25./26. März 2026 in Lindau

TOP 4.14

Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

1. Die Verkehrsministerkonferenz nimmt das Forderungs- und Positionspapier der Konferenz der Beauftragten von Bund und Ländern für Menschen mit Behinderungen (KBB) zur Kenntnis und dankt den Vertretern des KBB für den Austausch bei der Sitzung.
2. Die Verkehrsministerkonferenz sieht im Verkehrssektor ein großes Potenzial, die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen weiter zu fördern. Ihre Interessen teilen fast alle Menschen zu einem Zeitpunkt ihres Lebens, sei es als Kind, nach einer Verletzung oder im Alter. Das Forderungs- und Positionspapier des KBB zeigt mögliche Handlungsfelder hierzu auf.
3. Die Verkehrsministerkonferenz bittet die Gemeinsame Konferenz der Verkehrs- und Straßenbauabteilungsleitungen der Länder und ihre Arbeitskreise, die Positionen und Forderungen des KBB bei zukünftigen Beschlussfassungen zu berücksichtigen.
4. Die Verkehrsministerkonferenz weist darauf hin, dass der Fußverkehr ebenfalls ein zentrales Handlungsfeld für die Barrierefreiheit ist. Wer im Rollstuhl, mit Rollator, Begleitperson oder Kinderwagen unterwegs ist, braucht genügend Platz auf Gehwegen, der frei von Hindernissen ist. Gerade Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen können oft weder Slalom laufen noch auf die Fahrbahn ausweichen, wenn Schilder, Mülltonnen oder parkende Autos im Weg

sind.

5. Die Verkehrsministerkonferenz bittet die Bundesregierung, die Möglichkeit der digitalen Bereitstellung der entsprechenden Parkausweise zu überprüfen.